

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 0038/39  
Telefax: 8 88 848 ppbn d  
Telefax: 21 08 84

## Inhalt

Horst Peter MdB zum Erfordernis, die Einheit sozial, ökologisch, demokratisch und friedlich zu gestalten: Plädoyer für eine gesamtdeutsche Reformpolitik.

Seite 1

Ernst Haar MdB zur Notwendigkeit, weitere Marktverluste für die Schiene abzuwenden: Investitionsmangel blockiert Bahn-Entwicklung.

Seite 4

Heiko Schultz MdL zur Ignoranz gegenüber berufsbedingten Allergie-Erkrankungen: Immer mehr Ausbildungsabbrüche aus Gesundheitsgründen.

Seite 5

### Dokumentation:

Die Gustav Heinemann-Initiative hat mit Blick auf den deutsch-deutschen Einigungsprozeß ihre „Restatter Erklärung 1990“ „Die Deutschen in Europa“ erarbeitet. Wir dokumentieren diese Erklärung, die auf einer Deklaration der DDR-Bürgerbewegung „Demokratie jetzt“ basiert, im Wortlaut.

Seite 6

45. Jahrgang / 98

23. Mai 1990

### Plädoyer für eine gesamtdeutsche Reformpolitik

Zum Erfordernis, die Einheit sozial, ökologisch, demokratisch und friedlich zu gestalten

Von Horst Peter MdB

Der sich beschleunigende Prozeß der deutsch-deutschen Vereinigung erfordert es, die bisher getrennten Felder der deutsch-deutschen Politik zu gesamtdeutscher Reformpolitik zusammenzuführen. Gleichgültig, ob die kommende Wahl noch eine Bundestagswahl oder bereits eine Wahl zu einem gesamtdeutschen Parlament ist, die Felder der politischen Auseinandersetzung lassen sich nicht mehr in eine Politik in der DDR oder eine Politik in der Bundesrepublik trennen, nicht zuletzt der Staatsvertrag löst diese Trennung auf.

Die SPD hat die Chance, unter der Reformperspektive „Wir gestalten das vereinte Deutschland: sozial, ökologisch, demokratisch, friedlich“ die Bundesregierung deutschlandpolitisch in die Defensive zu drängen. Eine Regierung und ein Bundeskanzler, die selbst unter den hervorragenden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in der Bundesrepublik Dauerarbeitslosigkeit, neue Armut, Sozialabbau und Zerstörung der natürlichen Lebensbedingungen verursacht und verschärft haben, sind erst recht nicht für eine Reformpolitik im vereinten Deutschland geeignet. Wer die ungerechte Verteilung des wirtschaftlichen Reichtums in der Bundesrepublik verschärft, wird auch die Kosten der Einheit nicht gerecht verteilen können. Wer in der Bundesrepublik den Sozialstaat bewußt abbaut, der wird im Gebiet der DDR den Sozialstaat nicht aufbauen wollen.

Die Anlage des Staatsvertrages trägt den Stempel der Reformverweigerung für das vereinte Deutschland. Kurz: Kohl, dem die Einheit in den Schoß fällt, ist kein geeigneter Politiker für die reformerische Gestaltung der Einheit so wie einst Churchill, der Premierminister Großbritanniens im Zweiten Weltkrieg, vom Wähler nicht für die Gestaltung des Wiederaufbaus das Vertrauen erhielt.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Verwendet 100%  
aus wertvollen Rohstoffen  
Recycling-Papier



Die SPD dagegen hat mit ihrem neuen Grundsatzprogramm der ökologischen, sozialen, demokratischen Gestaltung der Zukunft und dem Konzept des Wahlprogramms „Fortschritt 90“ auch für eine gesamtdeutsche Reformpolitik den richtigen Ansatz. Es bedarf allerdings der Integration der Reformfordernisse für das Gebiet der jetzigen DDR und der dort lebenden Menschen in ein gesamtdeutsches Wahlprogramm. Dabei bedingen sich Reformforderungen gegenseitig und sind nicht einfach zu übertragen, aber es muß verhindert werden, daß die sozialen und ökologischen Probleme in der jetzigen DDR nicht zur gesamtdeutschen Reformbremse werden. Umgekehrt müssen Reformimpulse aus der heutigen Diskussion in der DDR in die gesamtdeutsche Reformpolitik aufgenommen werden, wie Reformimpulse des Verfassungsentwurfs des Runden Tisches als Vermächtnis der Revolution im Oktober und November 1989, oder Ansätze zur Weiterentwicklung des Gesundheitssystems, der Anspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz, die Fristenlösung, um nur einiges zu nennen.

Das Konzept „Fortschritt 90“ muß unter diesen Gesichtspunkten angepaßt werden.

Das Finanztableau kann ohne die Einbeziehung der Kosten der Einheit nicht aufrechterhalten werden, da die Wähler die Trennung der Finanzierungsfelder nicht einsehen werden und die bereits zugegebenen Kosten der Einheit weit höher sind als die Gesamtsumme des Finanztableaus des jetzigen Entwurfs des Programms „Fortschritt 90“. Die SPD muß die großen Kostenblöcke der Einheit benennen und eine solidarische Verteilung der Lasten aufzeigen.

Das ökologische und das soziale Profil der SPD müssen in dem Programm als gleichgewichtige Prinzipien des Programms konkreter zum Ausdruck kommen. Im bisherigen Programmentwurf wird der ökologische Teil richtig als Antwort der Sozialdemokraten auf die ökologischen Strukturprobleme formuliert, während „soziale Gerechtigkeit“ als Programmziel durch eine additive Aufzählung von Reformforderungen, deren logischer Zusammenhang schwer zu erkennen ist, erreicht werden soll.

Die Addition von Einzelforderungen erfüllt jedoch keineswegs zwingend die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit im Gesamtprogramm.

Gerade die Reformfordernisse für die Menschen in der DDR machen deutlich, daß der Prozeß der Einheit die Zweidrittelgesellschaft der Bundesrepublik nicht überwindet, sondern ihre Auswirkungen verschärft, wenn nicht mit der politischen Vereinigung die soziale Vereinigung der Gesellschaft einhergeht.

Die SPD sollte deshalb ein gesamtdeutsches soziales Sofortprogramm zur Überwindung der Deregulierung des Arbeitsmarktes, zur Bekämpfung der Spaltung der Gesellschaft und der gesellschaft-

lichen Armut, zur solidarischen Absicherung der Lebensrisiken statt deren Privatisierung und zur Weiterentwicklung des Sozialstaates formulieren.

Dazu gehören als Kernpunkte die Stärkung der Gewerkschaften als Voraussetzung einer gesamtdeutschen Wirtschaftsdemokratie, die Einführung der sozialen Grundsicherung als Kernforderung zur Bekämpfung der neuen Armut. Wenn in der DDR eine Mindestrente garantiert wird, kann sie den armen Bevölkerungsschichten in der Bundesrepublik nicht verweigert werden. Eine neue zeitgemäße Arbeitsmarktpolitik, die dezentral an den strukturellen Problemen des Arbeitsmarktes ansetzt und die verschiedenen Finanzströme bündelt, eine qualitative Strukturpolitik, die Bekämpfung der Wohnungsnot und ein Aktionsprogramm Gesundheit und Umwelt sowohl für Verbraucher als auch für die Arbeitswelt.

Die Forderungen des ökologischen Umbauprogramms von „Fortschritt 90“ sind auch für das Gebiet der DDR durchzusetzen. Die ökologischen Probleme der DDR dürfen nicht zur Selbstzufriedenheit mit den Zuständen in der Bundesrepublik führen. Im Gegenteil zeigen sie, daß der Steuerungsansatz über den Preis durch schärfere ordnungspolitische Maßnahmen ergänzt werden muß, wie Umwelt und Gesundheitsverträglichkeitsprüfungen von unabhängigen Stellen, Informationszugangsrechte und konkrete Beschreibungen von Umweltstandards. Insbesondere der Ausstieg aus der Atomenergie erhält durch die Gefährdungslage durch die DDR-Atomkraftwerke stärkere aktuelle Dringlichkeit.

Die erforderliche demokratische Gestaltung der Einheit sollte von der SPD durch die Forderung nach einer Verfassungenquete im künftigen deutschen Parlament aufgegriffen werden.

Friedenspolitisch sollte die deutsche Einheit genutzt werden zur Entwicklung blockübergreifender Strukturen nach dem Prinzip der gemeinsamen Sicherheit und radikaler Abrüstungsschritte.

Der programmatische Vorsprung der SPD bei der Gestaltung der Zukunft und der Lösung der großen Menschheitsprobleme gegenüber den anderen Parteien gibt der SPD auch bei der Gestaltung des vereinten Deutschlands einen Vorsprung.

(-/23.5.1990/fr/va-he/rs)

\* \* \*

**Investitionsmangel blockiert Bahn-Entwicklung**

Zur Notwendigkeit, weitere Marktverluste für die Schiene abzuwenden

Von Ernst Haer MdB  
Bahnpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion  
Mitglied der Regierungskommission Bundesbahn

Die Rolle Deutschlands als europäische Drehscheibe des Verkehrs wird zunehmend bedeutsamer. Aus Gründen des Umweltschutzes, der Energieeinsparung und des geringeren Flächenbedarfs muß deshalb ein hoher Anteil der Eisenbahnen in einem europäischen Gesamtverkehrssystem angestrebt werden.

Entweder bestimmen Sofortinvestitionen in das deutsch-deutsche Schienennetz den künftigen Stellenwert des europäischen Schienenverkehrs - oder der Markt geht der Bahn verloren: Die gegenwärtige Schieneninfrastruktur ist wegen Kapazitäts- und Qualitätsdefiziten nicht in der Lage, den zu erwartenden Verkehr aufzunehmen.

Bei der Deutschen Reichsbahn besteht enormer Nachholbedarf, zugleich duldet jedoch die Besittigung vorhandener Engpässe bei der Deutschen Bundesbahn keinen weiteren Aufschub. Während bahnseitig 5.000 Güterwagen und 500 Reisezugwagen fehlen, stehen LKW-Kolonnen schon bundesweit startbereit.

Eine programmatische Lösung ist erforderlich, bei der vorrangig Ausbaumaßnahmen auf den Hauptstrecken, im Bereich des kombinierten Verkehrs und der Betriebsleitungsnetze realisiert werden. Für vier Ost-West-Korridore ergibt sich dringender Planungs- und Handlungsbedarf:

- Hamburg/Bremen nach Rostock/Berlin
- Rhein/Ruhr/Hannover nach Berlin/Halle/Leipzig
- Rhein/Main/Stuttgart nach Erfurt/Halle/Leipzig
- Stuttgart/München nach Berlin/Dresden

Als solide Grundlage sind die Vorarbeiten der DR und DB für eine möglichst rasche Entscheidungsfindung in Bonn anzusehen. Falls der Finanzminister bei den anstehenden interministeriellen Abstimmungsgesprächen auf die Bremse tritt und auf den freien Kapitalmarkt verweist, werde ich am 30. Mai 1990 bei den Beratungen in der Regierungskommission Bundesbahn darauf drängen, daß der Bundeskanzler mit dem Ziel eingeschaltet wird, zu einer Richtlinienentscheidung zu kommen.

Wenn die Bundesregierung jetzt nicht die erforderlichen Investitionsmittel für die Bahn zur Verfügung stellt, um kurzfristig Grenzübergänge zu schaffen, Elektrifizierungsmaßnahmen durchzuführen und neue Fahrzeuge zu beschaffen, trägt sie die volle Verantwortung für weitere Umweltzerstörung und steigende Unfallzahlen im deutsch-deutschen Verkehr.

(-/23.5.1990/rs/fr)

\* \* \*

**Immer mehr Ausbildungsabbrüche aus Gesundheitsgründen**

**Zur Ignoranz gegenüber berufsbedingten Allergie-Erkrankungen**

Von Heiko Schultz MdL  
Gesundheits-Experte der bayerischen SPD-Landtagsfraktion

Bei 18 Prozent aller Ausbildungsverhältnisse, die in der Bundesrepublik vorzeitig gelöst werden, spielten gesundheitliche Gründe die entscheidende Rolle für den Abbruch. Rund 18.000 Auszubildende sind davon betroffen.

Diese Zahlen aus dem Jahr 1985 teilte der bayerische Arbeitsminister Glück jetzt auf Anfrage mit. Gleichzeitig mußte der Minister einräumen, daß die Münchner Staatsregierung keine neueren Erkenntnisse hat. Auch weiß sie nicht, wie hoch dabei die Zahl der Ausbildungs-Abbrüche ist, die auf berufsbedingte allergische Erkrankungen zurückzuführen sind.

Diese Ahnungslosigkeit der CSU-Regierung ist volkswirtschaftlich und gesundheitspolitisch unverantwortlich. Die Sozialpolitiker der bayerischen SPD-Landtagsfraktion fordern die Staatsregierung in einem Parlamentsentwurf auf, die Ursachen für die krankheitsbedingten Abbrüche erforschen zu lassen. Uns geht es dabei insbesondere um eine vorbeugende Beratung der Berufsanfänger.

Bei einem im Herbst vergangenen Jahres veranstalteten Allergie-Hearing in Zirndorf hatten Ärzte und Sachverständige festgestellt, daß die Beratung allergiekranker oder gefährdeter Personen vor ihrer Berufswahl unzureichend ist. Auf meine Frage nach der jährlich Zahl krankheitsbedingter Berufsabbrecher in Bayern und nach möglichen einschlägigen Beratungen und Untersuchungen lehnte Minister Glück Berufseignungsprüfungen mit obligaten Allergietestungen generell ab. Er meint, daß eine „qualifizierte medizinische Berufsberatung“ durch das Zusammenwirken von Berufsberatung, ärztlichem Dienst im Bereich der Arbeitsverwaltung, Jugendarbeitsschutzuntersuchungen und arbeitsmedizinischer Vorsorgeuntersuchungen sowie durch die betriebsärztliche Betreuung in den Betrieben gewährleistet ist.

Diese offenkundige Interessenlosigkeit des bayerischen Arbeitsministers werde ich nicht hinnehmen. Herr Glück läßt es anscheinend kalt, wenn junge Menschen ihren Beruf nach ein oder zwei Jahren abbrechen müssen, weil versäumt wurde, sie über mögliche allergische Reaktionen aufzuklären beziehungsweise Tests über ihre Einigung durchzuführen. Der Hinweis des Ministers, daß sich eine Allergie erst im Laufe der Tätigkeit „unvorhersehbar entwickelt“, ist keine Entschuldigung für das Unterlassen von vorbeugenden Maßnahmen. Minister Glück bestätigt erneut, daß das zuständige Ministerium die Volkskrankheit Allergie noch immer nicht ernst genug nimmt.

(-/23.5.1990/rs/fr)

**DOKUMENTATION:**  
=====

**Die Deutschen in Europa**  
-----

Die Gustav Heinemann-Initiative hat mit Blick auf den deutsch-deutschen Einigungsprozeß Ihre „Rastatter Erklärung 1990“ „Die Deutschen in Europa“ erarbeitet. Wir dokumentieren diese Erklärung, die auf einer Deklaration der DDR-Bürgerbewegung „Demokratie jetzt“ basiert mit der die Gustav Heinemann-Initiative nach eigenem Bekunden eine partnerschaftliche Zusammenarbeit anstrebt, im Wortlaut.

Bürgerbewegungen wissen aus eigener Erfahrung, daß Demokratie nur mit sozialen Rechten, Chancengleichheit, Gewaltfreiheit und Solidarität möglich ist. Das gilt auch für Demokratie in Deutschland. Deshalb meinen wir, daß sich eine Einigung Deutschlands auf eine solidarische Gesellschaft gründen und die soziale Stabilität für die Bevölkerung garantieren muß.

Die deutsche Einheit bekommt geschichtlich erst durch praktizierte demokratische Selbstbestimmung einschließlich einer Volksentscheid ihren Sinn. Nur eine Einheit in Gleichberechtigung ist eine Einheit in Freiheit. Sie kann nur in einem gegenseitigen Annäherungsprozeß erreicht werden.

Es ist uns bewußt, daß der derzeitige, zur staatlichen Einheit Deutschlands führende Prozeß kein Modell sein kann, weil er unter Mißachtung der souveränen Gleichheit aller Staaten stattfindet. Die Bemühungen um eine neue Einheit Deutschlands sollen so erfolgen, daß sie nicht Hindernis, sondern Motor für die europäische Einigung sind.

Wir fordern für das vereinigte Deutschland eine gesamtdeutsche Verfassungsreform auf der Basis des Grundgesetzes.

Ein nationaler Beitrag zur europäischen Friedens- und Gesellschaftsordnung bedeutet für uns:

- Entmilitarisierung der beiden deutschen Staaten
- Ablösung von NATO und Warschauer Pakt durch eine gesamteuropäische Friedensordnung
- Garantie der Oder-Neiße-Grenze
- Verwirklichung der freien und gleichberechtigten Entfaltung von Frauen und Männern
- Soziale Sicherheit für alle, Recht auf Arbeit, Recht auf Wohnraum
- Schutz der Umwelt als Staatsziel
- Demokratisierung in der Wirtschaft, betriebliche Mitbestimmung
- Kommunale Selbstverwaltung, verfassungsrechtliche Sicherung von Bürgerbeteiligung und Bürgerentscheid
- Gerechte und partnerschaftliche Beziehungen zu den Ländern der Zwei-Drittel-Welt.

(-/23.5.1990/rs/fr)

\* \* \*